

Mitteilung des Hauptvorstandes

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Freidenker [1927-1952]**

Band (Jahr): **16 (1933)**

Heft 13

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

gebet, wie auch der liberal-konservative Regierungsrat Imhof, die «juristische Seele» der Basler Regierung, anerkennt, streng genommen nicht mehr statthaft. Die Basler Regierung respektiert die Trennung von Kirche und Staat nicht vollständig. Zweimal hat sie diesen zu Recht bestehenden Beschluss umgebogen. 1. Als sie der Kirche zeitlich und räumlich Gelegenheit bot, Religionsunterricht zu erteilen, so wie sie «Religion» verstanden wissen will und 2. als sie dem staatlichen Lehrer gestattete, während der Unterrichtszeit zu beten. Das ist und bleibt niemals vereinbar mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Aber es bewahrheitet sich wiederum der Satz: Recht ist, was man dazu macht. Die Kirche verlangt Glaubens- und Gewissensfreiheit, wenn sie unterdrückt wird, sobald sie die Macht hat oder sie als solche gehätschelt wird, will sie von Glaubens- und Gewissensfreiheit nichts wissen. Wenn sie auf eigene Füße gestellt wird, so winselt sie, weil sie in Tat und Wahrheit auf Sand ruht und nicht auf einem soliden Wissen und weil sie im Interesse einer herrschenden Klasse das «gewöhnliche Volk» im Zügel halten will. Aber es gibt nur eine Wahrheit und diese soll für alle gelten, nicht bloss für die hochnäsiger als aufgeklärt herumstolzierenden politischen Führer, die höchstens aus gedankenloser Tradition in die Kirche gehen, oder weil es zum «besseren» Ton gehört.

Der Schulgebetshandel in Basel erinnert mich an ein vor zirka 30 Jahren in der einst auch freisinnigen «Frankfurter Zig.» erschienenen Gespräch einer gebildeten Dame aus Westeuropa mit zwei japanischen Universitätsprofessoren, das ich aber nicht mehr wörtlich, wohl aber dem Sinne nach in Erinnerung habe. Die Dame fragte die beiden Gelehrten, die verschiedenen japanischen Konfessionen angehörten, ob es wahr sei, dass in den japanischen Schulen keine Religion gelehrt werde. Beide Professoren bejahten dies. Erschrocken meinte die Dame, dass man schliesslich am Ende aller Enden keiner Konfession anzugehören brauche, das begreife sie; aber so ganz ohne Religion, wo finden denn die Menschen den Halt? Der eine Professor erwiderte kurz und dafür um so zutreffender: In sich selbst! und beifällig nickte der andere. — Wir müssen die Jugend ethisch lehren, den Halt in sich selbst und nicht im Blauen zu finden.

Also, um auf das Schulgebet in Basel zurückzukommen, den Kampf nicht aufgeben, und sobald ein Lehrer die Schüler zwingen will, am Gebet teilzunehmen, Rekurs ans Bundesgericht ergreifen unter Berufung auf die Trennung von Kirche und Staat und auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Die Schulgebetsfreunde schimpfen jetzt auch gedankenlos über den Marxismus, den sie früher höchstens vom Hörensagen gekannt, geschweige studiert haben und ihn jetzt erst recht nicht überlegen. Sie mögen weiterhin darüber wettern; sie beständigen dessen Richtigkeit durch ihr Verhalten tagtäglich. Jetzt, wo sie wirtschaftlich nicht mehr ein und aus wissen, flüchten sie zum Gebet und glauben ein Höherer könne helfen. Im Grunde sind es also wirtschaftliche Gründe, die sie in dem Wahn bestärken, die Hilfe müsse von einer überirdischen Macht kommen. Als es wirtschaftlich leidlich ging, warfen sie mit «Freiheiten» um sich, um sich sofort zu verkriechen, als die rücksichtslose Gewinnerzielung ein Ende hatte und sie das morsche Gebäude des Kapitalismus bessern oder ersetzen sollten. Nur die Dummen lassen sich wieder in den Schafstall pferchen und wollen nicht sehen. Alle Ernungenschaften werden preisgegeben, nur deshalb, um den Profit, den Gewinn, die Ausbeutung nicht preisgeben zu müssen. Die, welche uns Materialisten schimpfen, sind im Grunde die glühendsten Anhänger des ordinären Materialismus.

Eugen Traber, Basel.

Der „Freidenker“ erscheint wöchentlich



wenn jeder Leser mindestens einen neuen Abonnenten wirbt.

Mitteilung des Hauptvorstandes.

Auf 1. Juli wird die Geschäftsstelle nach Bern verlegt. Die neue Adresse der Geschäftsstelle lautet

Karl Alder, Wachtelweg 19, Bern.

Sämtliche Zahlungen sind künftig an Postcheckkonto III/9508 Bern zu richten. Wir bitten die Ortsgruppen und den Leserkreis von dieser Verlegung der Geschäftsstelle Kenntnis zu nehmen.

Gleichzeitig möchten wir dem abtretenden Geschäftsführer, Gesinnungsfreund Otto Hohl in Zürich, den herzlichsten Dank aussprechen für seine jahrelange, vorbildliche Arbeit. Wir hoffen, dass Freund Hohl auch weiterhin der Vereinigung seine Dienste zur Verfügung stellt. W. Schiess.

Der Gegner an der Arbeit.

Mutige bürgerliche Freidenker.

«Die Freigeistige Vereinigung der Schweiz — die bürgerlichen Freidenker — richteten an die Bundesversammlung ein Schreiben, in welchem sie erklärten, die Vereinigung stünde zum Prinzip der politischen Neutralität (als ob der antireligiöse Kampf ein unpolitischer Kampf sein könnte). Sie erklärt, sie bekennen sich unbedingt zur geltenden Verfassung und tue ihr möglichstes, um mitzuhelfen, um durch die Krisenzeit hindurchzukommen.

Dies Schreiben der bürgerlichen Freidenker — die noch nie einen wirklichen antikirchlichen Kampf führten — ist diktiert von der Absicht um Gnade bei der Reaktion zu betteln. Bekanntlich tendieren die Klerikalen dahin mit dem Zuchthausgesetz zusammen auch ein Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes zu erreichen. Die Ergebnissadresse der bürgerlichen Freidenker soll diese vor Zugriffen schützen.

Eine nette Garde von kapitalistischen Knechten, die sich bemüht, um Musy, Walther, der ganzen Kulturreaktion ihre Treue und «Ungefährlichkeit» zu bezeugen. Die bürgerlichen Freidenker werden nicht angegriffen werden, denn dieser Klub sorgte noch nie auch nur für den Kirchenaustritt. Das sind getreue, ungefährliche Hoffhündlein des grosskapitalistischen Bürgertums und seiner Reaktion.»

Also steht geschrieben im Zentralorgan der kommunistischen Partei der Schweiz, dem «Basler Vorwärts» vom 14. Juni 1933.

Die Debatte um die Motion Müller im Nationalrat hat deutlich gezeigt, wie der Mut der kommunistischen Freidenker aussieht. Während die Freigeistige Vereinigung senkrecht zu ihrer Sache stehen darf, weil diese nicht «faul» ist, haben die «mutigen» Kommunisten die vorher so laut schreien und auf eine Art und Weise hetzen die eines wahren Freidenkers unwürdig ist, nichts anderes zu tun gewusst, als mit ihrer Zentrale aus Basel auszuziehen. Selbst Briefe an den Redaktor der «Kulturfront» (Müller) gehen, weil unbekannt, an den Absender zurück. R. St.

Denkfaul.

Es ist haarsträubend, was für alberne, schimmelige Ladengäumer der «Freidenker» seinen kritiklosen, denkfaulen Lesern immer wieder auftischt. Man wäre fast versucht, den Glauben dieser geistlosen Einfaltspinsel zu bewundern, die beständig gegen ihre innerste Ueberzeugung schwatzen und schreiben. Sie stellen sich selber ein erbärmliches Armutszeugnis aus, so oft sie sich über Dinge auslassen, von denen sie wirklich rein sauber nichts verstehen. Der «Freidenker» würde gut daran tun, inskünftig als Denkfauler an die Öffentlichkeit zu treten. Jene, die an einem solch minderwürdigen, unter aller Kritik stehenden Schmutzblatt mitarbeiten, scheinen alle samt und sonders dem Narrenhaus entsprungen zu sein. Unsere Behörde aber gibt sich eine ganz bedenkliche Blösse,